20. Kann ein sinnlicher Genuß, das Mitgenießen von einer gestohlenen Sache, als Vorteil im Sinne des §. 259 St.G.B.'s angesehen werden, wenn die gedachte Sache ganz oder zum Teil in die Verfügungsgewalt der der Fehlerei bezichtigten Person gebracht ist?

II. Straffenat. Ur. v. 1. April 1881 g. R. u. Gen. Rep. 498/81.

I. Landgericht Insterburg.

Aus den Gründen:

Die Revision der königlichen Staatsanwaltschaft ist begründet.

Das angefochtene Urteil, durch welches der Mitangeklagte H. von der Anklage der Fehlerei freigesprochen ist, verstößt gegen §. 259 St.G.B.'s.

Der erste Richter hat für erwiesen erachtet, daß der Mitangeklagte H. anfangs August 1880 von dem Mitangeklagten K. etwa ein Quartier Branntwein, um zu eigenen Zwecken darüber zu verfügen, angenommen und erworben habe, nachdem er den K. unmittelbar vorher bei der Anwendung von Branntwein aus dem Spirituskeller des Gutsbesizers L. betroffen, daß er demnächst sofort eine Flasche mit diesem Quartier Branntwein in die Wohnung der Kr.'schen Eheleute gebracht und dort sofort mit dem Ehemanne Kr. den Branntwein ausgetrunken habe, indem er dabei erzählt, K. hätte bei dem Betreffen mit dem Bemerken: „sei still, wir werden teilen“ ihm das Quartier Branntwein in seine Flasche abgegossen.

Auf Grund dieses Sachverhaltes hat er zwar festgestellt, daß der Mitangeklagte H. den Branntwein, wissend, daß er durch eine strafbare

Handlung erlangt war, an sich gebracht habe, nicht aber angenommen, daß der H. dieses seines Vorteiles wegen gethan habe. Letztere Annahme beruht auf der Erwägung, es sei nicht festgestellt, daß Angeklagter H. den Branntwein angenommen, um ein notwendiges Bedürfnis zu befriedigen, oder um seine Vermögenslage zu verbessern, vielmehr sei nur festgestellt, daß dies von H. geschehen sei; um sich einen einmaligen augenblicklichen Genuß zu verschaffen, den er sich anderenfalls nicht bereitet haben würde.

Indem der erste Richter auf Grund dieser Erwägung das Suchen eines Vorteiles auf seiten des Angeklagten H. vermißt, verkennt er den Rechtsbegriff des Vorteiles im Sinne des §. 259 St.G.B.'s, da seine Annahme auf der irrigen Rechtsansicht beruht, daß ein Vorteil im Sinne des Gesetzes nur dann angenommen werden könne, wenn es sich um Verbesserung der Vermögenslage, bezw. um Befriedigung eines notwendigen Bedürfnisses handle.

Das Strafgesetzbuch erfordert im §. 259 zum Thatbestande der Fehlerei nur die Feststellung eines Vorteiles, nicht, wie in anderen Stellen, z. B. §§. 263. 268, die Konstatierung eines Vermögensvorteiles, und giebt schon durch diese Wahl des allgemeinen Ausdruckes klar zu erkennen, daß im §. 259 das Wort „Vorteil“ in dem weiteren Begriffe aufgefaßt werden muß.

Diesen weiteren Begriff des Urteiles kann zweifellos auch ein sinnlicher vorübergehender Genuß, wie er hier vom Angeklagten H. bezüglich des in seine Verfügungsgewalt gebrachten Branntweines erstrebt wurde, erfüllen. Es ist nicht nötig, daß der gesuchte Vorteil gerade in einer Verbesserung der Vermögenslage, beziehungsweise in der Erlangung notwendiger Lebensbedürfnisse bestehe, vielmehr genügt es, wenn der Thäter wissentlich aus einer strafbaren Handlung hervührende Sachen an sich bringt u, um sich auch nur einen augenblicklichen Genuß zu verschaffen, denn auch im letzteren Falle erstrebt und erlangt er einen Vorteil, den er ohne Erwerb der Sachen nicht gehabt haben würde.

Dafür, daß auch der Vorläufer des deutschen Strafgesetzbuches, das preußische Strafgesetzbuch, davon ausgegangen ist, daß bei der Fehlerei der gesuchte Vorteil nicht auf einen Vermögensvorteil und demzufolge auf eine gewinnfüchtige Absicht des Fehlers zu beschränken sei, sprechen die legislativen Vorarbeiten. Man hatte damals erwogen, ob der Ausdruck „aus eigenem Vorteil“ oder „aus eigenem Interesse“

zu wählen wäre, jenen aber für prägnanter, als den letzteren gehalten. Man lehnte aber ausdrücklich den in Antrag gebrachten Ausdruck „Gewinnsucht“ ab, weil jeder egoistische Beweggrund auch ohne Gewinnsucht strafbar sei, und war der unbestrittenen Ansicht, daß der Begriff des eigenen Vorteiles nicht zu eng aufgefaßt werden dürfe.

Revision von 1845 S. 166. Goldammer, Mater. zum preussischen St.G.B. Bd. 1 S. 341 Nr. 5; Bd. 2 S. 528.